

Coronakrise schadet Whistleblower-Meldestellen

In der Coronakrise sind bei den Schweizer Unternehmen weniger Meldungen über Missstände eingegangen. Das ist ein schlechtes Zeichen.

von Simone Janz

Whistleblower verbinden wir mit dem ehemaligen CIA-Mitarbeiter Edward Snowden, der weltweite Spionagepraktiken der Geheimdienste enthüllt hat und seit 2013 in Russland im Exil lebt. Vielleicht kommt uns noch Wikileaks-Gründer Julian Assange in den Sinn. Oder aus Bündner Sicht natürlich Adam Quadroni, der das Bündner Baukartell auffliegen liess.

Whistleblowing gibt es aber auch in kleinerem Rahmen. Es ist in kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) genauso ein Thema wie in Grosskonzernen. Wie Firmen mit Personen umgehen, die Missstände melden wollen, hat die Fachhochschule Graubünden (FHGR) gemeinsam mit der EQS Group in einer Studie untersucht. Dafür befragten die Verfasserinnen und Verfasser insgesamt 1239 Unternehmen aus der Schweiz, Deutschland, Grossbritannien und Frankreich. Der Fokus der Studie lag auf den internen Meldestellen, also jenen Anlaufstellen, an die sich hinweisgebende Personen bei Missständen wenden können. Diese sind meist auf Höhe des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung angesiedelt und gemäss Definition unabhängig.

Weniger Meldungen

2020 gingen bei den untersuchten Meldestellen in den vier Ländern durchschnittlich 34 Meldungen ein. Das sind deutlich weniger als im Vorjahr, als die Coronakrise noch in weiter Ferne lag. Damals wurde ein Wert von 52 Meldungen verzeichnet. Dass sich während des vergangenen Jahres weniger Personen an die internen Meldestellen wandten, zeigt gemäss Studien-Co-Autor Christian Hauser, dass bewährte Strukturen und Prozesse in den Unternehmen in der Krise teils nicht mehr richtig funktionieren. Interessant, und für Unternehmen beunruhigend: Externe Meldestellen, die bei Behörden angesiedelt sind, verzeichneten während der Coronakrise Rekordzahlen an Hinweisen auf Missstände.



Whistleblowing: Zwei Drittel aller Schweizer Unternehmen verfügen über eine Meldestelle zur Prävention und Aufdeckung von illegalem und unethischem Verhalten..

Bild Christian Beutler / Keystone

Hauser ist Professor am Schweizerischen Institut für Entrepreneurship an der FHGR in Chur und als Projektleiter verantwortlich für den Whistleblowing-Bericht, den die Fachhochschule dieses Jahr bereits zum dritten Mal publiziert hat. Die aktuellen Zahlen würden zeigen, dass sich die betriebsinternen Meldestellen nicht als besonders krisenresistent erwiesen

«Kein Unternehmen kann es sich leisten, nicht zu wissen, was im eigenen Unternehmen läuft.»

Christian Hauser
Professor an der FHGR

hätten. «Da müssen die Unternehmen ihre Hausaufgaben machen und die Schwachstellen beheben.»

Meldungen über Missstände erreichten im letzten Jahr vor allem Unternehmen, die viele Mitarbeitende coronabedingt entliessen, oder Unternehmen, bei denen ein Grossteil der Mitarbeitenden im Homeoffice beschäftigt war.

Proaktiv und reaktiv

Nur gut zwei Drittel aller Schweizer Unternehmen verfügen überhaupt über eine interne Meldestelle, wie aus der Studie weiter hervorgeht. Zu den Vorreitern gehören Unternehmen aus dem Finanzsektor, die im Ausland und im Zuge der Finanzkrise gemäss Hauser schon früh mit diesem Thema in Berührung kamen. Ein Drittel aller Unternehmen in der Schweiz empfindet Meldestellen aus verschiedenen Gründen dagegen immer noch als nicht notwendig. Laut Studie schätzt diese Gruppe ihre Unternehmens-

kultur als derart integer ein, dass Missstände entweder nicht vorkommen oder die Meldungen die Verantwortlichen auch auf dem gängigen Weg erreichen. Ein Trugschluss, sagt Hauser. «Kein Unternehmen kann es sich leisten, nicht zu wissen, was im eigenen Unternehmen läuft.»

Als weiteren Grund für den Entscheid gegen eine Meldestelle wird die fehlende gesetzliche Verpflichtung genannt. 30 Prozent der Unternehmen ohne Meldestelle geben an, erst eine Anlaufstelle einführen zu wollen, wenn sie ein entsprechendes Gesetz dazu verpflichtet. Und das ist in der Schweiz noch in weiter Ferne. Während die EU-Länder bis spätestens Mitte Dezember ein Whistleblower-Gesetz einführen müssen, ist eine rechtliche Grundlage in der Schweiz vorerst nicht mehr angedacht. Im April 2020 versenkte der Nationalrat einen entsprechenden Gesetzesvorschlag des Bundesrates nach zwölfjähriger Beratung im Parlament endgültig.

Personelle Verstärkung für Gericht

Die grossräthliche Kommission für Justiz und Sicherheit des Grossen Rats (KJS) hat das Regionalgericht Plessur mit ausserordentlichen Richterinnen und Richtern im Umfang von 200 Stellenprozenten verstärkt. Die Stellen sind auf zwei Jahre befristet, wie es in einer Mitteilung heisst. In den vergangenen fünf Jahren seien beim Regionalgericht Plessur im Durchschnitt jährlich 1775 neue Fälle eingegangen – sowie 118 neue Fälle am Zwangsmassnahmengericht. Im gleichen Zeitraum wurden durchschnittlich 1710 Fälle im Jahr durch das Regionalgericht und 118 Fälle pro Jahr durch das Zwangsmassnahmengericht erledigt. Die zunehmende Komplexität der Fälle sowie die stetig steigenden Anforderungen an die Urteile führten dazu, dass die Fallbearbeitung länger dauere und sich die Anzahl Ende Jahr penderter Fälle stets erhöht habe. Um die angestauten pendenten Fälle abzubauen zu können, hat das Regionalgericht Plessur deshalb bei seiner Aufsichtsbehörde, dem Kantonsgericht Graubünden, um personelle Unterstützung ersucht.

Die KJS hat die gewünschten Stellen in der Folge ausgeschrieben. Es konnten vier Personen mit je einem Teilzeitpensum von 50 Prozent gewählt werden: Xavier Dobler, Bettina Flutsch, Sarah Huder-Fischinger und Nicole Mengardi-Gehrig. (red)

INSERAT

SCHLAFAKTION
20%
auf Boxspring-Betten
von
superba

delta
MÖBEL KÜCHEN HAUSHALT
delta-moebel.ch, Tel. +41 (0)81 772 22 11

ANZEIGE

GKB Anlage-Fokus

Steigende Preise: Schreckgespenst Stagflation

Daniel Lüchinger



Aktuell sorgen diverse Unsicherheiten für Nervosität an den internationalen Aktienmärkten. Auslöser war die Krise am Immobilienmarkt in China. Zusätzlich belasten die abnehmende konjunkturelle Wachstumsdynamik, die Coronapandemie, dadurch bedingte Lieferengpässe, steigende Öl- und Gaspreise sowie die Erhöhung der Schuldenobergrenze in den USA.

Im heutigen Anlage-Fokus werfen wir einen Blick auf das wirtschaftliche Szenario einer Stagflation. Dieses hat

zuletzt erhöhte Aufmerksamkeit erlangt. Erleben wir jetzt eine Phase mit hoher Inflation und gleichzeitig tiefem Wachstum, wie dies zuletzt in den 1970er-Jahren der Fall war?

Die rasche Öffnung der Wirtschaft und die Geldspritzen der Notenbanken haben für schnelles Wachstum gesorgt. Eine Nachfrage gedopt von diesen Stimulierungsmassnahmen trifft auf ein durch Lieferengpässe eingeschränktes Angebot. Die Folge sind stark steigende Preise, beispielsweise für Erdgas und Rohöl. Die Inflation steigt und bleibt aktuell – ausser in der Schweiz – hoch. In den USA liegt die Teuerung derzeit bei über fünf Prozent und in der Eurozone hat sie im September mit 3.4 Prozent den höchsten Wert seit knapp 13 Jahren erreicht.

Wir erwarten, dass die stärksten Treiber für diesen Inflationsanstieg temporärer Natur sind und sehen keine Rückkehr in die 1970er-Jahre. Trotzdem wird die Inflation noch für einige Monate erhöht bleiben. Spannend ist, dass Inflation den Risikoappetit von Anlegerinnen und Anlegern beeinflusst. Vereinfacht kann man die Aktienmarktrendite in die beiden Bestandteile Bewertung oder Risikoappetit und Gewinnwachstum unterteilen. Die aktuelle Korrektur am Schweizer Aktienmarkt ist vor allem von der erhöhten Risikowahr-

«Stagflationsängste sind unberechtigt.»

nehmung getrieben. Da wir nicht von einer anhaltend hohen Inflation ausgehen, sollte sich die Lage am Aktienmarkt wieder normalisieren. Wichtig ist vor allem, dass das Gewinnwachstum intakt bleibt. Diesbezüglich erhalten wir im Verlauf dieses Monats mit den Quartalsabschlüssen erste Hinweise. Anlegerinnen und Anleger warten deshalb gespannt auf die anstehende Unternehmensberichtssaison. Gute Geschäftszahlen würden die Märkte stützen. Gewinnrevisionen beziehungsweise ein weniger positiver Ausblick, getrieben von steigenden Rohstoffpreisen und damit verbundenem Margendruck, könnten negativ wirken.

Die Schwankungen an den Aktienmärkten haben sich wieder erhöht. Dies ist aber kein Grund zur Sorge,

sondern eher eine Rückkehr zur Normalität. Unser Basisszenario einer länger anhaltenden wirtschaftlichen Erholung bleibt intakt, auch wenn der Wachstumshöhepunkt überschritten ist. Die Konjunkturdaten haben zwar jüngst enttäuscht, nichtsdestotrotz erwarten wir für die kommenden Quartale ein überdurchschnittliches Wachstum. Aufgrund der weiterhin guten wirtschaftlichen Aussichten und der weiter steigenden Unternehmensgewinne erachten wir Stagflationsängste als unberechtigt. In diesem Umfeld bleiben Aktien die bevorzugte Anlageklasse.

* Daniel Lüchinger, Leiter Research und Anlagentechnik bei der Graubündner Kantonalbank gkb.ch/investieren

Eine Kooperation mit der Graubündner Kantonalbank